Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 251 und 18 207. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 36 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 120 | Dresden, Mittwoch, den 27. Mai 1931 | 42. Jahrgang

Generalstreik gegen Krieg

Parteitagsdebatten unserer französischen Genossen

P. Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Kongreß der französischen Sozialisten setzte am Dienstag die Debatte über die Landesverteidigung und Abrüstung fort.

Abg. Locquin erklärte, das wirksamste Mittel gegen den Krieg sei

der Generalstreik und ein allgemeiner Volksaufstand.

Die Ursache aller Kriege sei die Gewinnsucht der Schwerindustrie, deshalb verlangten die Sozialisten die allgemeine und gleichzeitige Abrüstung.

Abg. Bernard-Ferron, einer der sieben Parlamentarier, die bei der Zolldebatte für die Regierung gestimmt haben, verlangte, daß dem Völkerbund eine internationale Streitmacht zur Verfügung gestellt und die fakultative Schiedsgerichtsklausel in eine obligatorische umgewandelt werde.

Der Delegierte Le Bail wandte sich gegen die These Paul Boncours von einer internationalen Armee. Die Abrüstungsfrage beherrsche das Problem der Landesverteidigung und müsse den Mittelpunkt der Entschließungen des Parteikongresses bilden.

In einer geheimen Nachtsitzung, die von Montag abend bis Dienstag morgen um 5 Uhr dauerte, bestätigte der Kongreß die Wiederaufnahme des Abg. Uhry in die Partei. Uhry war von seinem Bezirksverband im Verlauf eines lokalen Konflikts ausgeschlossen, von dem Schiedsgericht der Partei jedoch wieder aufgenommen worden.

Léon Blum stellte in einer langen Rede fest, daß kein einziger Redner nachgewiesen habe, daß der Internationalismus zu einer Einschränkung der nationalen Idee führe. Der Punkt, über den sich alle Sozialisten einig seien, wäre,

daß sie den Krieg um keinen Preis wollen und daß sie ihn mit allen Mitteln bekämpfen.

Einigkeit sei nur nicht über die Mittel vorhanden, mit denen er zu bekämpfen sei. Diese Meinungsverschiedenheiten seien aber nicht so groß, wie sie verschiedene Redner dargestellt hätten. Wenn die Regierung sich in einen Konflikt einlasse, ohne alle Versöhnungsmittel erschöpft zu haben, dann sei es die Pflicht der Sozialisten,

den Volksaufstand zu organisieren.

Frankreich könne durch seine Abrüstung eine allgemeine Abrüstung herbeiführen. Der endgültige Friede könne aber nur durch den Triumph des Sozialismus gesichert werden. Die Rede Léons Blums wurde vom Kongreß mit großem Beifall aufgenommen.

Am Schluß der Sitzung wurde zur Formulierung einer Entschließung über die Abrüstungsfrage eine aus 38 Mitgliedern und 12 Stellvertretern bestehende Kommission gewählt, in der alle Richtungen vertreten sind. Die Kommission wird am Mittwoch vormittag zusammentreten und der nächsten Vollsitzung des Kongresses, die am Nachmittag stattfindet, das Ergebnis ihrer Beratungen unterbreiten.

Die Krise in Oesterreich

Von F. Austerlitz, Wien, Mitglied des Nationalrats

Wo Arbeitslosigkeit wütet, sind Krisen unvermeidlich: wie in dem großen Deutschland so in dem kleinen Oesterreich. Es ist überall das gleiche furchtbare Bild. Infolge Stockung der Industrie sinken die Einnahmen von Staat, Ländern und Gemeinden, jeder öffentliche Haushalt gerät in Unordnung, überall grinst das Defizit hervor und überall auch die gleiche Lage: es ist unmöglich, an den Ausgaben noch nennenswerte Kürzungen vorzunehmen und die Einnahmen durch Steuererhöhungen wesentlich zu steigern. Der Ursprung der Krise steckt in der Arbeitslosigkeit, und wenn es nicht gelingt, diese in beträchtlichem Maße zu überwinden, so ist der Bankrott da. Weiß Gott, nicht nur ein Bankrott der Verwaltungen, sondern der völlige und nicht mehr zu verschleiernde Bankrott der kapitalistischen Ordnung selbst.

So ungeheuerlich wie im Etat Deutschlands sind die Fehlbeträge des österreichischen Bundes natürlich nicht, aber für das kleine Oesterreich sind sie erschütternd genug. Der österreichische Finanzminister hat das Defizit für 1931 auf hundertfünfzig Millionen Schilling geschätzt. In dieser Ziffer ist das Defizit bei den Bundesbahnen nicht enthalten. Es dürfte sich um hundert Millionen Schilling bewegen. Man übergeht es vorläufig mit dem Trost, daß die Pflicht, es zu decken, erst im nächsten Jahre an den Staat herantreten wird. Immerhin müssen zunächst die fehlenden hundertfünfzig Millionen Schilling beschafft werden. Wie soll das geschehen? Eine Steigerung der Einnahmen erhofft man von Zollerhöhungen, insbesondere von einer Erhöhung der Getreidezölle, für die sich die Agrarier einsetzen. Außerdem sollen der Kaffee- und der Teezoll erhöht werden. Als weitere Maßnahme ist eine Kürzung der Beamtengehälter in Erwägung gezogen, und zwar so, daß man die jetzt zweimal gewährte Zulage von je dreißig Prozent des Monatsgehaltes streicht und den Beamten sowie Angestellten eine Besoldungssteuer auferlegt. Ferner denkt man an eine durchgreifende Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um vierzig Millionen Schilling jährlich. Natürlich will man auch irgendwie sparen, also Beamte soweit als möglich abbauen, jedenfalls aber keine neuen einstellen. Mit allen diesen Maßregeln hofft man des Defizits Herr zu werden. Die Länder und Gemeinden, die in ähnlichen Fatalitäten stecken, müßten dem Beispiel der Verringerung der sozialen Ausgaben natürlich folgen.

Nun hat die österreichische Regierung den bequemen Ausweg einer Notverordnung nicht. Was sie plant, kann nur durch den Nationalrat Gesetzeskraft erhalten. Hier ergeben sich politische Schwierigkeiten, die im Augenblicke die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer Regierungskrise in sich bergen. Die drei Parteien, die die Regierung Ender zur Zeit stützen (Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbund) verfügen über 85 Stimmen (der Nationalrat besteht aus 165 Mitgliedern), denen 72 Sozialdemokraten und 8 Heimwehrfaschisten gegenüberstehen. Die Heimwehrler unterstützen die Regierung im allgemeinen. Anderseits aber haben die Großdeutschen ihre Hauptstütze nur noch in der Beamtenschaft. Sie sind deshalb gegen die Kürzung der Beamtengehälter, wie sie das Regierungsprogramm plant. Ziehen sie aus dieser Haltung die Konsequenzen, dann hat die Regierung Ender keine Mehrheit mehr. Sie müßte also zurücktreten. Das hätte sich schon in der vorigen Woche ereignen können. Man hat die Entscheidung jedoch bis zur Rückkehr des Vizekanzlers Schober aus Genf vertagt. Noch nicht so sichtbar, aber für die Regierung vielleicht noch bedrohlicher als die Haltung der Großdeutschen ist die Entschlossenheit der Sozialdemokraten, eine „Reform" der Arbeitslosenunterstützung, die den Arbeitslosen ans Leben geht, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Also kommt der Tag immer näher, an dem die Regierung Ender nicht weiter kann. Obwohl dem bescheidenen und klugen Mann aus Vorarlberg niemand den Sturz wünscht, kann er in diesen Tagen unausweichlich werden.

Was dann? Natürlich würde der Bundespräsident — nach der Verfassungsreform von 1929 wird die österreichische Regierung nicht mehr vom Nationalrat gewählt, sondern vom Bundespräsidenten ernannt — eine Regierung ernennen, aber diese Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein und wer immer sie führen würde, wird sofort vor den gleichen Schwierigkeiten stehen, mit denen jetzt das Kabinett Ender kämpft. Nur die Minister würden anders heißen. Das Schreckliche unserer Zeiten ist eben, daß es nur scheinbar politische Schwierigkeiten sind, mit denen man ringt, es sind wirtschaftliche, und die verwesen die Welt. Es gibt keine politische Schwierigkeit, mit der eine entschlossene Partei, mit der die Sozialdemokratie nicht fertig werden könnte, wenn nicht sofort, so in der Zeit. Ihrem Kampf widersteht, das verbürgt uns tausendfältige Erfahrung, auf die Dauer keine politische Macht, kein Vorrecht, kein Despot. Aber mit dem Alp, der sich auf die Welt gelegt hat, mit der kalten, grausamen, alles organische Leben einschnürenden Arbeitslosigkeit wird der Kampf statt aussichtsreich immer aussichtsloser. Deshalb wird es immer deutlicher, das allgemeine Gefühl: So geht es nicht mehr weiter! Die Regierungskrisen, die nicht lösbar sind, sind nur ein Symptom dafür.

*

Das Maß des Unheils voll!

A. Wien, 27. Mai. (Eigener Funk.) Der Ministerrat beschloß am Montag die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls. Mit der Herabsetzung der Beamtengehälter wird sich die Regierung wahrscheinlich heute befassen.

Sanierungspläne

Gefährliche Absichten

Von Hermann Fleißner, M. d. R.

Die Reichsregierung ist in tausend Aengsten. Der mühsam und mit bedenklichsten Methoden zusammengestoppelte Etat auf das verflossene Jahr 1930 stimmt nicht. Er hat ein großes Loch erhalten. Einschließlich eines Fehlbetrages von 465 Millionen Mark aus den Vorjahren beläuft sich das Defizit auf rund 1250 Millionen Mark. Das ist keine Kleinigkeit. Die Lage wird aber noch verschlimmert durch die Rückwirkungen des finanziellen Ergebnisses auf das Etatsjahr 1931, das am 1. April begonnen hat. Dieser Etat fußt in seinen Ansätzen auf denen von 1930. Auch die Defizitsorge für 1931 ist also schon da.

Die verkehrte, kurzsichtige Finanzpolitik der früheren Jahre, vor der wir Sozialdemokraten immer warnten, die wir bekämpft haben, rächt sich bitter!

Die Jahre 1924 bis 1928 waren für die Reichsfinanzen unter den damals bestehenden direkten und Besitzsteuern gute Zeiten. Jedem Vereinskassierer ist sehr wohl, wenn er bei Kasse ist. Aber sonderbar, die bürgerlichen Finanzminister überfällt ein Unbehagen, wenn sie viel Geld im Reichs- oder Staatssäckel haben. Und in den Reihen der bürgerlichen Parteien erhebt sich aus den besitzenden Kreisen dann stets der Ruf nach Abbau der Steuern, natürlich der direkten. Bürgerliche Finanzminister haben in der Regel nicht den Mut, solchem Drängen zu widerstehen. Manche machen das sogar aus eigenem Antriebe sehr willig mit. Mit den Staatsfinanzen lebt man von der Hand in den Mund, auch wenn man es leichter und besser haben könnte. Jedes Privatunternehmen ist gesetzlich verpflichtet, das Geschäft nach den Grundsätzen ordentlicher Finanzierung zu betreiben, Rücklagen zu machen, an die Zukunft zu denken, Abschreibungen vorzunehmen und dergleichen. Im Reich tut man so ungefähr das Gegenteil. Der deutschnationale Finanzminister v. Schlieben war noch der weitsichtigste während der in Frage kommenden Zeit. Aber seine Ueberschüsse stachen den Besitzgewaltigen in die Augen. Weg damit! wurde die Parole. Es gewann die Phrase die Oberhand, man dürfe nicht „Steuern auf Vorrat" kassieren. Jetzt könnte man Reserven sehr gut brauchen, hätte man sie damals aufgespart. Statt dessen kam unter Köhler und Reinhold ein rücksichtsloser Abbau der Besitzsteuern um nicht weniger wie etwa 2½ Milliarden Mark. Und Herr Reinhold, der selbst zu den Vermögenden gehört, prägte das verhängnisvolle Wort, die Ausgleichung des Etats müsse sich stets „am Rande des Defizits" bewegen. Das ist seitdem bürgerlicher Finanzpolitik mehr als gelungen. Das Ergebnis ist ein Milliardendefizit!

Trotzdem hielt man auch später unter Moldenhauer und Dietrich an dem Grundsatz fest: keine Erhöhung der direkten und speziellen Besitzsteuern. Bis es beim bösesten Wollen nicht mehr ging. Man mußte zu neuen Steuern greifen, der Besitz aber ist trotzdem ungeschoren geblieben bis auf den heutigen Tag! Dafür gab es unzulängliche und in ihrer Art ungerechte „Notopfer", Gehälterkürzung, Bürgersteuer und rücksichtslose Vermehrung und Erhöhung der Verbrauchssteuern. Die Landwirtschaft wurde begönnert, indem man ihr Steuerfreiheit bis 6000 M. Einkommen gab. (Man vergleiche damit die Lohnsteuer!) So wird in diesen Kreisen fast gar keine Einkommensteuer mehr gezahlt. Bei der Vermögensteuer setzte man die steuerfreie Grenze von 5000 auf 20 000 M. herauf. Das

Beschäftigungssteuer?

D. Berlin, 27. Mai. (Eigener Funk.) Die zur Zeit in Regierungskreisen zum Zwecke der Sanierung des Reichsetats zur Erörterung stehende Beschäftigungssteuer, von der alle in Arbeit stehenden Angestellten und Beamten erfaßt werden sollen, ist in der Form beabsichtigt, daß die untersten Gehaltsgruppen vier Prozent ihrer Einkünfte, und die obersten zehn bis zwölf Prozent zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung stellen.

Vorläufig ist die „Beschäftigungssteuer" einer der vielen Pläne, die zur Zeit zur Sanierung des Reichsetats in Erwägung gezogen werden.

•

Deutscher Beamtenbund für Beschäftigungssteuer

D. Berlin, 27. Mai. (Eigener Funk.) Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes erklärte am Dienstag abend im Verlauf eines Presseempfangs, daß er aus wirtschaftlichen und politischen Gründen jede weitere Gehaltskürzung ablehnen müsse. Als Weg zu einer Deckung des Reichsdefizits befürwortete er eine allgemeine Abgabe der in Beschäftigung befindlichen Personen zugunsten der Arbeitslosen. Gleichzeitig aber müsse die Regierung bemüht sein, so schnell wie möglich auf eine fühlbare Herabsetzung der Reparationen zu dringen.

Ende dieser Woche wird der Reichskanzler die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten zur Entgegennahme ihrer Wünsche empfangen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310527/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG